



BALAVÉR

Kleinzeitung der DKP Trier

Ausgabe 01/2026



Weil Krieg uns alles nimmt – Gemeinsam für Frieden am Frauenkampftag 2026

Dass ein Krieg mit der aktiven Teilnahme von Deutschland, also von uns "einfachen Leuten", bevorstehen könnte, ist ein Gedanke, der kaum zu ertragen ist. Realistisch jedoch einer, mit dem wir uns aufgrund der aktuellen politischen Lage befassen müssen.

Der 08.03.2026, der internationalen Frauenkampftag, steht im Zeichen dessen, was Kriege für Frauen auf der Welt bereits bedeuten und wie diese auch unser Leben erschüttern können. Allerdings immer mit dem Blick auf Aktion und Solidarität, trotz und gerade wegen der angsteinflößenden globalen Situation.

Kommunale und nationale Bemühungen, Deutschland "kriegstüchtig" zu machen

Auf eine Anfrage von CORRECTIV teilte die Bundeswehr mit, dass sie bereits seit mindestens einem Jahr den

Außerdem in dieser Ausgabe:



Zwischen Basteltisch und Burnout – Warum in Triers Kitas das Licht ausgeht



Im Interview: June Osborn über die Arbeit mit von Gewalt betroffenen Frauen

"OPLAN DEU" (Operationsplan Deutschland) durchführt. Ein Prozess, in dem besonders Bundesländer und Kommunen besucht werden, um sie auf Kriegsszenarien vorzubereiten. Damit ist gemeint, dass verschüttete Keller wieder fit gemacht werden, um als Schutz vor Luftangriffen zu dienen, oder Straßen und Brücken so ausgebaut und befestigt werden, dass darauf Truppen marschieren und Panzer rollen können. Deutschland würde im Kriegsfall aufgrund der lokalen Lage sogar die "Drehschreibe" für die alliierten Kräfte der NATO darstellen.

Doch die Kriegsvorbereitung Deutschlands lässt sich nicht nur durch unsichtbare Prozesse erkennen, im Gegenteil. Offensichtlich wurde die Schlagrichtung der Regierung, als ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro in die Aufrüstung, anstatt in Bildung, Soziales und Gesundheit, gesteckt wurde.

Außerdem wurde am 01.01.26 der "neue Wehrdienst" eingeführt, wie ihn die Bundeswehr selbst bezeichnet. Diese behauptet weiterhin, dass der Wehrdienst freiwillig sei, lediglich die Beantwortung des Fragebogens, den man ab dem 18. Geburtstag zugesandt bekommt, sei es nicht. Männliche, junge Erwachsene müssen den Fragebogen wahrheitsgemäß ausfüllen, darin werden Motivation und Gesundheitsstand abgefragt. Die "Freiwilligen" werden daraufhin aus den Fragebögen ermittelt und zu einer Bewerbungsrunde eingeladen. Die Intention dahinter wird klar formuliert: Den jungen Menschen soll wieder die „Freude“ und Wichtigkeit des Wehrdienstes eingetrichtert werden. Es wird mit guten Berufschancen und wohnortnahen Einsätzen gelockt. Jungen Menschen soll also in ihrer Orientierungsphase ein bestimmter Arbeitgeber besonders angebidert werden - und zwar der tödlichste.

Doch diese „Freiwilligkeit“ ist kein Grund zur Erleichterung. Die schnelle Entwicklung der Neueinführung des Wehrdienstes zeigt, wie einfach und schnell parlamentarische Entscheidungen tatsächlich sein können, wenn es um Macht- und Kapitalinter-

essen geht, anstatt menschliche Bedürfnisse. Es zeigt auch, wie ohnmächtig über unser Schicksal, besonders das der jungen Menschen, entschieden wird. Trotz unserer so hochgelobten Demokratie werden die politischen Entscheidungen nicht an unseren Bedürfnissen orientiert. Die Einführung einer Wehrpflicht ist eine Frage der Zeit, nicht eine der Überzeugungen.

Dass Frauen nicht von der Wehrpflicht betroffen sind, legen in der Vergangenheit schon viele Sexisten als Bevorteilung aus. Doch die Gründe sind andere, nämlich dass Frauen im Krieg, und dessen Vorbereitung, eine andere Rolle zugeschrieben wird.

Die Rolle der Frauen in Kriegsvorbereitung und Krieg

In der Aufrüstung werden staatliche Gelder priorisiert in die Kriegsvorbereitung investiert. Für unser Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssystem bedeutet das noch schlechtere Zustände als zuvor. Die genannten Branchen sind bereits von schlechten Arbeitsbedingungen wie niedrige Personal- und Sachkosten, und geringes Gehalt gezeichnet. Es handelt sich dazu oft um Branchen mit frauendominierten Berufen, welche durch die marktwirtschaftliche Ausrichtung der BRD bereits massiv unterfinanziert sind.

Aufgrund eines Zusammenspiels aus Kapitalismus und patriarchaler Strukturen unserer Gesellschaft verdienen Frauen im Schnitt weniger als Män-

(die aktuelle Quote des Gender Pay Gap liegt bei 16%) und sind dazu doppelt belastet durch Haushalt, Pflege und Erziehung. Schon seit Jahren müssen die Defizite des Sozialsystems von den Familien getragen werden, wofür meist Frauen gezwungen sind, ihre finanzielle und soziale Unabhängigkeit zu opfern. Diese private Pflege und die damit verbundene Teilzeit ist einer der Hauptgründe für die grassierende Altersarmut bei Frauen und festigt die Abhängigkeit zum Mann, was ein Lösen aus gewalttätigen Beziehungen erschwert. Ein Staat in der Aufrüstung verschärft diese Strukturen und erhöht so auch die Fälle von Gewalt gegen Frauen.

Bei Kriegsausbruch mit aktiver deutscher Teilnahme, kommt es zu einem Zusammenbruch des Sozialsystems. Alle Aufgaben der Gesundheits- und Sozialversorgung fallen Frauen zu, da Männer an der Front benötigt werden. Hinzu kommt die Notwendigkeit, Produktion, primär die Rüstungsindustrie, fortzuführen. Frauen müssen also überall dort einspringen, wo Menschen fehlen, um den Kriegsmaschapparat aufrecht zu erhalten. Der Grund, warum uns Frauen genau diese Rolle zugesprochen wird, ist simpel. Schließlich müssen auf all die Toten eines Krieges, mindestens so viele Nachkommen geboren werden. Eine widerliche Überlegung, schließlich gehört der Körper einer Frau nicht dem Staat, sondern ihr selbst.

Um welche Kriege geht es?

Heutzutage haben wir eine Rekordzahl an globalen, politischen Konflik-



ten zu verzeichnen. Die Kriege, mit denen die BRD liebäugelt, werden uns als Verteidigungsmaßnahmen, sowie als friedensstiftend und moralisch notwendig verkauft. Sie sind jedoch nichts von all dem. Sie sind das Produkt einer Weltordnung, in der Deutschland seine Machtposition stärken möchte. Im Fokus stehen hierbei Kriege um die Umgestaltung der globalen Machtverteilung. Nach dem Ende der Sowjetunion erlangte die USA eine Vormachtstellung, die mit der Zeit immer mehr ins Schwanken gerät. Andere Staaten fangen an, mit den USA in Konkurrenz zu treten, zum Beispiel China. Diese Konflikte sind für die Arbeiterklasse, also Dich und mich, am verheerendsten, da sie das größte Eskalations- und Vernichtungspotenzial in sich bergen und gleichzeitig keine unserer Interessen vertreten. Dazu gilt: Krieg lässt sich nie mit Krieg bekämpfen.

Zusammenfassend bedeutet das: Wir haben alles zu verlieren, außer Ausbeutung, Gewalt und Tod. Allein die Fälle von Vergewaltigungen zu Kriegszeiten sollten jedem die Augen dafür öffnen, wie unmenschlich das alles ist. Die Folgen von imperialistischen Kriegen treffen die Arbeiterklasse am stärksten, deswegen bleibt es an uns sich gegen die Grausamkeit zu wehren.

Katharina Seel





Zwischen Basteltisch und Burnout – Warum in Trier Kitas das Licht ausgeht

Bericht einer Trierer Erzieherin

Es ist 7:30 Uhr morgens in einer Trierer Kindertagesstätte. Eigentlich sollten wir zu dritt in der Gruppe sein, um den 25 Kindern einen guten Start in den Tag zu ermöglichen. Doch das Telefon klingelt: Eine Kollegin hat Fieber, die andere ist seit Wochen im Krankenstand. Ich stehe allein da – mal wieder.

Der Fachkräftemangel in Trierer Kitas ist längst keine statistische Randnotiz mehr - er ist unser Alltag. Während die Politik stolz auf neue Rechtsansprüche und Platzgarantien verweist, stehen wir an der Basis vor einem Trümmerhaufen aus Notbetreuung und verkürzten Öffnungszeiten.

Verwahren statt Bilden

2025 veröffentlichte die Bertelsmann-Stiftung eine Studie, bei der aus wissenschaftlicher Sicht eine Fachkraftquote von 97,5 % an Fachkräften in Kitas empfohlen wird. In der Stadt Trier liegt der Anteil der Kitas mit einer hohen Fachkraftquote

bei etwa 68 %, während dieser Wert im Landkreis Trier-Saarburg mit lediglich 12,5 % sogar einen der schlechtesten Plätze im landesweiten Vergleich einnimmt.

Pädagogik? Individuelle Förderung? Fehlanzeige. Wenn eine einzelne Fachkraft für über 20 Kinder verantwortlich ist, degradiert es die Kita zum reinen Verwahrort. Pädagogik findet dann kaum noch statt – es geht schlichtweg um Schadensbegrenzung und das Sicherstellen der körperlichen Unversehrtheit. Wir wickeln im Akkord, während im Nebenraum ein Kind weint und zwei andere sich streiten. Wir können nicht gleichzeitig trösten, bilden und die Aufsichtspflicht garantieren. Das ist kein „Spielen den ganzen Tag“, wie viele Außenstehende immer noch glauben, sondern ein hochbelastender Knochenjob am Limit.

Ein System am Kollaps

Die Folgen sind fatal. Die Erzieherinnen, die noch da sind, brennen aus. Der Druck führt zu immer höheren Krankenständen, was die verbleibenden Kolleginnen noch stärker belastet – ein Teufelskreis, den Gewerkschaften wie ver.di seit Jahren als "SOS Kita" anprangern. In Trier sahen wir zuletzt im Dezember 2025 lautstarke Proteste, bei denen Träger integrativer Kitas vor dem finanziellen und personellen Auswarnen.

Was wir brauchen

Wir brauchen keine warmen Worte aus der Politik, sondern Taten. Das bedeutet:

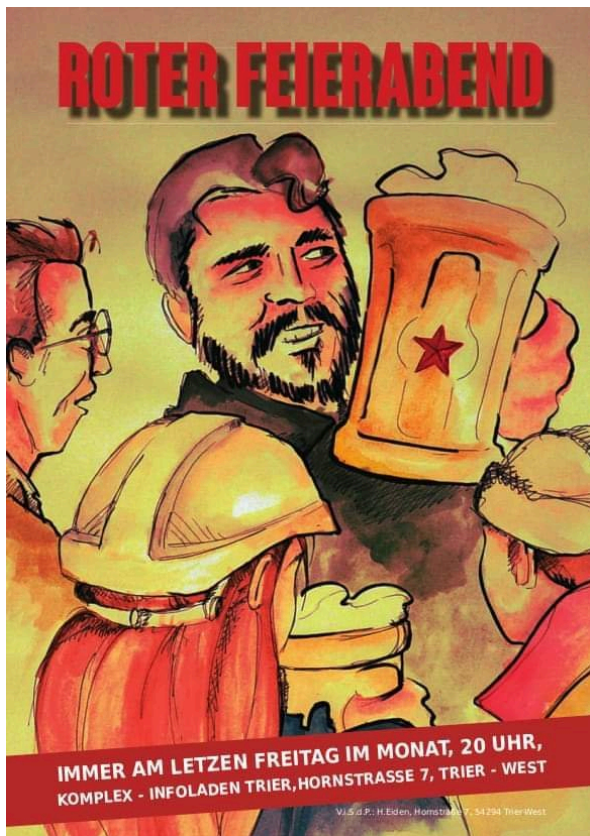
- Bessere Bezahlung: Die Tarifrunden 2025 müssen die Arbeit endlich finanziell wertschätzen.
- Personalobergrenzen: Ein verbindlicher Personalschlüssel, der Ausfallzeiten durch Krankheit und Fortbildung wirklich berücksichtigt.
- Entlastung: Mehr Hauswirtschafts- und Assistenzkräfte, damit wir uns wieder auf die Kinder konzentrieren können.

Wenn sich nichts ändert, wird die Kita-Betreuung in Trier weiterhin ein Glücksspiel für Eltern und ein Gesundheitsrisiko für uns Erzieherinnen bleiben. Wir lieben unseren Beruf – aber wir lassen uns nicht länger für ein kaputtes System verheizen.



Wenn du eine E-Mail an **balaver@riseup.net** schreibst, bekommst du immer die neuste Ausgabe kostenlos per E-Mail oder gedruckt!





Stress auf der Arbeit, wieder viel zu viele Überstunden gemacht und den Chef interessiert mal wieder nicht wie es Dir geht? Stress in Ausbildung oder Schule? Wir kennen das!

Und was hilft besser gegen all den Scheiß auf der Arbeit als ein Bier unter Gleichgesinnten. Daher laden wir Dich zu unserem Roten Feierabend ein!

Egal ob Du Dich über den Job auskotzen oder einfach nur in entspannter Atmosphäre ein kühles Bier oder ein anderes Kaltgetränk genießen willst, Du bist herzlich eingeladen.

Du willst die Herausgabe der „Balaver“ unterstützen?

Wir freuen uns über eine einmalige oder dauerhafte Spende!

Nutze einfach folgende Bankverbindung und den Verwendungszweck „Spende“:

Deutsche Kommunistische Partei Trier

IBAN: DE92 5855 0130 0001 1109 23

BIC: TRISDE55XXX



Im Interview: June Osborn über die Arbeit mit von Gewalt betroffenen Frauen

June Osborn arbeitet in einer Fachberatungsstelle für Frauen, die von Gewalt betroffen sind und gibt uns einen Einblick in ihre Arbeit und die gesellschaftlichen Zusammenhänge von Gewalt gegen Frauen.

Balaver: Hallo June, danke für die Zeit, die du dir für uns nimmst. Bitte beschreibe die Arbeit bei einer Fachberatungsstelle zur Partnerschaftsgewalt. Mit welchem Anliegen kommen deine Klientinnen zu dir?

June: Als Psychologin in einer Fachberatungsstelle unterstützte ich Frauen, die von Partnerschaftsgewalt oder Stalking betroffen sind. Ein sehr großer Teil der Frauen befindet sich beim ersten Kontakt mit uns in einer akuten Not- und Bedrohungslage, oft dauert die Gewalt, die sie durch ihre Partner erfahren, auch schon viele Jahre an. Unsere Aufgabe ist es, die Frauen im Rahmen von Krisenintervention und Beratung zu unterstützen, Lösungen für sich zu finden, sie über rechtliche Möglichkeiten aufzuklären (zum Beispiel die Beantragung einer gerichtlichen Gewaltschutzverfügung) oder auch Notfall- und Fluchtpläne mit ihnen zu erar-

beiten. Gibt es noch weitere Themen wie zum Beispiel Sucht oder Verschuldung, vermitteln wir an entsprechende Unterstützungsstellen weiter. Wichtig ist, wenn nötig, zuerst bei einer Entscheidungsfindung zu unterstützen, ob eine Betroffene in ihrer Beziehung bleiben möchte oder sie verlassen möchte.

Wir beraten immer parteilich für die Frau, das heißt wir glauben ihr grundsätzlich und setzen uns in der Beratung und auch in der Kooperation mit anderen Stellen für sie und ihre Rechte ein. Es passiert nichts ohne ihr Einverständnis, was besonders wichtig ist, da viele der Frauen traumatisiert sind und es auch darum geht, dass sie die Kontrolle über ihr Leben zurückgewinnen können, welches bisher vom Täter dominiert und kontrolliert wird.

In der Beratung machen wir immer auch eine Gefährdungseinschätzung und haben die Möglichkeit, Frauen, die von besonders schwerer Gewalt oder Femizid bedroht sind, in ein spezielles Hochrisikomanagement aufzunehmen. Das hat zum Ziel, durch enge Kooperation aller beteiligter Institutio-

nen eine weitere Gewalteskalation zu verhindern. Bei einer Frau, die aufgrund eines laufenden Asylverfahrens die Stadt nicht verlassen kann, können so zum Beispiel zielführender individuelle Absprachen mit der Ausländerbehörde getroffen werden, so dass der Zugang zu einem Frauenhaus ermöglicht werden kann. Oft werden besondere Schutzmaßnahmen durch die Polizei getroffen. Leider muss man aber sagen, dass hierdurch Femizide nicht verhindert werden können, man kann nur versuchen, die Wahrscheinlichkeit zu minimieren.

Wenn du mit Frauen, die aus einer gewalttätigen Notsituation kommen, sprichst, welches Muster der (sexualisierten) Gewalt zeigt sich dir?

In Gewaltbeziehungen lässt sich oft eine sogenannte Gewaltspirale beobachten. Das heißt, dass die Gewalt in der Regel nicht von Anfang an besteht, sondern sich immer weiter einschleicht. Frauen entscheiden sich also nicht aktiv für Gewaltbeziehungen, wie ihnen von der Gesellschaft häufig vorgehalten und dadurch die Schuld an ihrer Situation zugeschoben wird. Die Gewalt beginnt langsam, die Täter wenden oft Manipulationsstrategien an, so dass die Frauen ihrer eigenen Wahrnehmung immer weniger trauen. Ein typisches Muster ist, dass die Gewalt mit der Zeit immer schwerer wird, gute Phasen, die die Betroffene an den Täter binden, werden kürzer.

Wir sprechen hier nicht nur von körperlicher Gewalt, sondern auch von schwerer psychischer Gewalt, sexualisierter Gewalt, wirtschaftlicher Gewalt, also zum Beispiel dem Entzug aller finanzieller Mittel oder sozialer Gewalt, damit ist zum Beispiel die Isolation von den Mitmenschen, der Familie und Freund*innen gemeint. Besonders belastend ist, dass für die Betroffenen oft unvorhersehbar ist, wann es wieder zu Gewalt kommen wird. Dadurch leben viele Frauen zuhause in ständiger Angst und zweifeln gleichzeitig an sich selbst, da sie es dem Täter schlicht nicht recht machen können, egal was sie tun. Wichtig ist mir auch zu erwähnen, dass sich die Gewalt, die Betroffene erfahren, nicht allein auf der Beziehungsebene abspielt. Sie wird oft von Institutionen und Strukturen, die eigentlich schützen und für Gerechtigkeit sorgen sollten, reproduziert, beispielsweise von Jugendämtern oder Familiengerichten. Dadurch steigt die Hürde, sich Hilfe zu holen und Frauen werden immer wieder retraumatisiert.

Gibt es ein einheitliches Bild der Täter?

Weder im Bezug auf die Täter noch im Bezug auf die Betroffenen kann man von einem einheitlichen Bild sprechen. Alle Frauen sind gefährdet, sich in einer Gewaltbeziehung wiederzufinden, genauso kann auch jeder Mann ein Täter sein, egal aus welcher Schicht er kommt, aus welchem Land, welchen Bildungshintergrund er hat, ob er auf dem Land oder in der Stadt wohnt. Wir betreu-

en natürlich auch viele geflüchtete Frauen, spannend ist hier aber, dass die Täter nicht aufgrund ihrer Herkunft oder Kultur gewalttätig werden, sondern das gewalttätige Verhalten zum Beispiel nach der Fluchterfahrung oder Kriegserlebnissen beginnt. Also nach Situationen, in denen die Täter selbst einen starken Kontrollverlust erfahren. Innerhalb ihrer Beziehung erlangen sie dann durch die ausgeübte Gewalt vermeintliche Kontrolle und Macht zurück. Die Gründe für Gewalt finden sich also nicht im Asylsystem, wie es von rechten Parteien propagiert wird, sondern in den patriarchalen Strukturen, in denen Männer aufwachsen und Menschen leben. Gewalt in Partnerschaften hat vor allem mit Macht und Kontrolle zu tun, die Männer so auf Frauen ausüben. Sie sehen ihre (Ex-)Partnerinnen als ihren Besitz an und versuchen oft alles, um diesen Besitzanspruch durchzusetzen. Deshalb kommt es auch oft in Trennungssituationen zu Femiziden: Männer denken dann zum Beispiel „wenn ich sie nicht haben kann, soll sie keiner haben dürfen“. Das sind hochgefährliche Situationen für die Betroffenen.

Wie ordnest du die Ursachen der strukturellen Gewalt gegen Frauen ein?

Betroffenen Frauen wird von der Gesellschaft permanent vorgeworfen, sich doch einfach trennen zu können, es wird ihnen eine Individualschuld gegeben, anstatt die strukturellen Probleme zu benennen. In einem kapitalistischen System, in dem die Sozialsysteme für die wenigsten ausrei-

chend funktionieren und z.B. der Wohnungsmarkt auf Profit ausgerichtet ist, ist es ein immenser Kraftakt, sich aus gewaltvollen Abhängigkeitsbeziehungen zu lösen und oft letztendlich auch nicht möglich, schon allein wegen fehlender Rahmenbedingungen. Das ist in besonderem Maße der Fall, wenn Kinder mit im Spiel sind. Es ist keine Lösung, wenn eine Frau sich zwischen Gewalt und Obdachlosigkeit entscheiden muss oder sie Angst vor Abschiebung haben muss, wenn sie sich vom Täter trennt. Das sind alles keine Einzelfälle, das Problem spitzt sich vielmehr in enormer Geschwindigkeit zu. Letztlich nützen diese Abhängigkeiten den Tätern und das wissen sie oft ganz genau. Aktuell ist das System in Fällen von Gewalt danach ausgerichtet, dass die Betroffenen fast die gesamte Last tragen. Sie müssen flüchten, Kontakte abbrechen, ihre Arbeitsplätze aufgeben, sich zuhause aus Angst verbarrikadieren und dann sogar noch ihren Platz im Frauenhaus selbst bezahlen, sofern sie denn einen finden. Die Täter hingegen können ihr normales Leben einfach weiterleben und erfahren kaum Einschränkungen, oft noch nicht mal strafrechtliche Konsequenzen.



Ein auf Profit ausgerichtetes, kapitalistisches System hat kein Interesse daran, das alles umzusetzen und nimmt Gewalt gegen Frauen damit wissentlich in Kauf.



Wir leben in einem patriarchalen System, in dem die Gesellschaft die Gewalt, die Frauen durch ihre Partner erfahren, institutionell fortsetzt. Letztendlich ist es für ein patriarchales, kapitalistisches System vermeintlich kostengünstig, Gewalt an Frauen als individuelles Problem der Frau zu verstehen statt als ein gesamtgesellschaftliches. Denn wenn man das Thema gesamtgesellschaftlich angehen würde, müsste man viel mehr Prävention finanzieren, Frauen müssten besser bezahlt werden, Carearbeit müsste entlohnt werden usw. Gewalt gegen Frauen kann nur begegnet werden, wenn Frauen dabei unterstützt werden, unabhängig zu sein und nicht von der Gesellschaft durch schlecht bezahlte Arbeit, fehlende Kinderbetreuung etc. in Abhängigkeiten gedrängt zu werden. Ein auf Profit ausgerichtetes, kapitalistisches System hat kein Interesse daran, das alles umzusetzen und nimmt Gewalt gegen Frauen damit wissentlich in Kauf. Es gäbe durchaus Möglichkeiten, das Thema anzugehen. Diese wären auch finanzierbar, wenn der Wille da wäre, was uns das Sondervermögen für die Bundeswehr vor Augen führt. Das ist auch kein nice to have, denn mit der Istanbul-Konvention (Völkerrechtlicher Vertrag des Europarats, der verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt an Frauen schafft) hat sich Deutschland rechtlich verpflichtet, Frauen vor Gewalt zu schützen. Dafür, dass die Istanbul-Konvention 2018 in Deutschland in Kraft getreten ist, sieht man im Gewaltschutz leider wenig davon und das ist letztlich eine politische Entscheidung.

Aus deiner Warte, tut sich etwas – politisch oder gesellschaftlich – um das Problem anzugehen?

Gerade tut sich tatsächlich sehr viel, es wäre aber unrealistisch, anzunehmen, dass dadurch Gewalt an Frauen in naher Zukunft verhindert werden kann. Mit dem Gewalthilfegesetz, an dessen Umsetzung die Länder aktuell arbeiten, wurde die Grundlage für die Umsetzung der Istanbul-Konvention geschaffen. Das Gesetz sieht unter anderem einen Rechtsanspruch für Betroffene auf Beratung und einen Platz in einem Frauenhaus vor, auch für die mitbetroffenen Kinder. Das ist an sich eine große feministische Errungenschaft, das Gesetz wurde aber bereits bei der Entstehung insbesondere von der CDU ausgehöhlt. Es sieht beispielsweise keinen Schutz für Transpersonen vor und die Lage von geflüchteten Frauen wird zu wenig mitgedacht. Wenn ein Gewalthilfegesetz erlassen wird, gleichzeitig aber das Sozialhilfesystem stark zurückgefahren wird, um bei den Schwächsten der Gesellschaft immer noch mehr Geld zu sparen, haben Frauen zwar auf dem Papier, nicht aber in ihrer Lebensrealität die Möglichkeit, eine Gewaltbeziehung zu verlassen.

Ein wichtiges Gesetz, das gerade ebenfalls geändert wird, ist das Gewaltschutzgesetz. Die Änderung sieht die Einführung der elektronischen Fußfessel für Täter vor, in manchen Bundesländern wird das schon umgesetzt. Die Fußfessel löst einen Alarm aus, wenn die Täter sich der

Betroffenen nähern. Es ist aber am Ende auch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, der vielleicht für manche Frauen etwas mehr Sicherheit schafft, Femizide aber auch nicht verhindern kann. Es ist ein guter Ansatz, dass hierdurch erreicht wird, dass sich zumindest in diesen Fällen endlich auch die Täter einschränken müssen und nicht nur die Betroffenen. Das Ganze kann aber nur gelingen, wenn massiv in Prävention und Täterarbeit investiert wird und das sehe ich aktuell leider nicht.

Positiv ist, dass das Thema Gewalt an Frauen vor allem medial gerade sehr an Relevanz gewinnt, manche Menschen dadurch teilweise mehr aufeinander achtgeben und zumindest ein gewisses Maß an Druck auf die Politik ausgeübt wird. Um wirklich etwas zu verändern, braucht es aber viel mehr finanzielle Mittel, Ressourcen und Maßnahmen. Es müsste massiv in Prävention schon im Kindesalter in-

vestiert werden, es braucht gut bezahlte Fachkräfte, Frauenrechte müssen grundsätzlich in allen Bereichen gestärkt werden und wir benötigen auch eine bessere Finanzierung der Täterarbeit. Denn Männer, die an sich arbeiten wollen, um nicht mehr gewalttätig zu werden, sind ebenso auf Unterstützung angewiesen und sollten diese erhalten.

Letztlich brauchen wir ein System, das die Schwachen unter uns schützt, anstatt die Mächtigen und Reichen immer noch mächtiger und reicher zu machen. In einem kapitalistischen, patriarchalen System sind Verbesserungen möglich und dafür lohnt es sich zu kämpfen, wir müssen aber auch immer das System an sich hinterfragen, um wahre Veränderung, Schutz und Gleichberechtigung für alle zu erreichen.

*Das Interview führte
Philippe Drastik*

Die Balaver wird herausgegeben von:



**Deutsche Kommunistische Partei
in Karl Marx' Geburtsstadt**



trier@dkp-rlp.de



www.dkptrier.de



kommunistischepartei.trier



DKP Trier



DKP Trier



DKP Trier

Impressum: Balaver, V.i.S.d.P.: P. Drastik, Hornstraße 7, 54294 Trier

Frauenkampf Kino

Filmvorführung über die
Frauenrevolution in
Rojava (Nord-Ost Syrien)

Wann: 14.03.2026 - 19 Uhr

Wo: Komplex-Infoladen Trier,
Hornstraße 7, 54294 Trier-West

Popcorn & Chips for free!

